Politik und interkulturelle Philosophie der Menschenrechte

Thomas Göller

1. Allgemeine Menschenrechte

Als Menschenrechte bezeichnet man im allgemeinen *vorstaatliche* Rechte, die für *alle* Menschen unabhängig von kulturellen, historischen und sozialen Bedingungen gelten und die die individuelle, soziale und kulturelle Integrität eines jeden Menschen ermöglichen und erhalten sollen. Wenn heute im internationalen politischen Diskurs von „den“ Menschenrechten die Rede ist, dann sind gewöhnlich solche Rechte angesprochen, wie sie in der UN-Charta (1948) und in den daran anknüpfenden internationalen Pakten (1966 u.a.) über wirtschaftliche, soziale, kulturelle, bürgerliche und politische Rechte kodifiziert sind. Sie betreffen (nicht einklagbare überstaatliche) Rechte wie das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Unverletzlichkeit der Person, Versammlungs-, Meinungs- und Glaubensfreiheit, das Recht auf Eigentum, Bildung, Arbeit, kulturelle Identität und auf individuelle Selbstverwirklichung (vgl. Heidemeyer 1997). Unter der „Unteilbarkeit“ der Menschenrechte versteht man gewöhnlich, dass sie uneingeschränkt für *alle* Menschen gelten und sich ausnahmslos auf *alle* Rechte, denen der Status von Menschenrechten zuerkannt wird, beziehen sollen.

2. Realpolitik und die „Unteilbarkeit“ der Menschenrechte

Es kann kaum verwundern, dass das Verhältnis der so genannten „Realpolitik“ zur Menschenrechtsthematik alles andere als übersichtlich oder gar einheitlich ist. Ganz im Gegenteil: In der politischen Realität werden Menschenrechte tagtäglich nicht nur ignoriert (bzw. es wird gegen sie verstoßen), sondern sie werden auch *relativiert* und infolgedessen „geteilt“. Ihre *Relativierung* betrifft vor allem folgende Punkte: (a) *Regionalisierung*; Menschenrechte sollen zwar uneingeschränkt weltweit gelten und geschützt werden, in der Realität aber ist ihre Geltung in hohem Maße von lokalen, sozialen, politischen und kulturellen Faktoren abhängig. Mit der Folge, dass es keineswegs gleichgültig ist, wo, wann, wie und von wem Menschenrechte verletzt werden. (b) *Hierarchisierung*; der – mehr oder weniger einheitliche

– Komplex der Menschenrechte wird separiert in relevante(re) und weniger relevante Menschenrechte. Das heißt, unter „den“ (= relevanten) Menschenrechten wird in der Realpolitik zumeist eine Selektion solcher Rechte verstanden, die den jeweiligen (macht)politischen Zwecken und Zielen opportun sind. (c) *Begründung* oder *Rechtfertigung universaler* Menschenrechte; es handelt sich heute nicht mehr primär – wie noch im Zeichen des „Kalten Krieges“ – darum, menschenrechtliche Legitimationsansätze ideologisch, sondern kulturalistisch zu relativieren. Alle diese Punkte lassen sich unschwer durch aktuelle politische *Beispiele* illustrieren: Dass Menschenrechte instrumentalisiert, nicht einheitlich bewertet und außenpolitisch missbraucht werden, zeigt sich allein schon an China, am Iran, am Irak und an Libyen. Menschenrechtsverletzungen werden in u.a. diesen Staaten anders beurteilt als beispielsweise in Saudi-Arabien oder in Israel (was vor allem dessen Politik in den besetzten arabischen Gebieten betrifft). Dass offensichtlich mit zweierlei Maß gemessen wird, gilt aber nicht nur für solche Staaten, die in puncto Menschenrechtsverletzungen gewöhnlich am Pranger der Weltöffentlichkeit stehen. Für die Realpolitik in der Gegenwart scheint es nicht minder charakteristisch zu sein, dass Menschenrechte auch in bzw. von solchen Staaten missachtet oder verletzt werden, die in der internationalen Staatengemeinschaft immer wieder die Einhaltung von Menschenrechten beschwören. So verurteilt beispielsweise die US-amerikanische Justiz, die sich selbst jede Einmischung von außen verbittet, nicht nur Minderjährige nach dem Erwachsenenrecht, sondern lässt sogar – zumindest im Bundesstaat Texas – die Todesstrafe schon für 11-jährige Delinquenten zu (vgl. *Die Zeit*, Nr. 44, 28.10.1999). Das sind nicht nur klare Verstöße gegen die Menschenrechtskonvention, sondern auch gegen die UN-Charta für Kinderrechte.

3. Menschenrechtsverletzungen, „humanitäre“ Intervention und staatliche Souveränität

Dass von einer „Unteilbarkeit“ der Menschenrechte im realen politischen Prozess oft nicht einmal im Ansatz die Rede sein kann, zeigt sich besonders eklatant an dem Umgang mit Menschenrechtsverletzungen in Krisen- und Konfliktgebieten (das betrifft auch Rüstungsexporte in diese Gebiete). So wurden im Kosovo, glaubt man der offiziellen NATO-Militärdoktrin und der sie begleitenden politischen Rechtfertigungsrhetorik, angeblich ausschließlich „Menschenrechte“ verteidigt – mit Waffengewalt und *ohne* UNO-Mandat. Auf ähnlich gelagerte Fälle wird dagegen nicht oder doch nur sehr zögerlich reagiert (z.B. in Ost-Timor). Die „Regionalisierung“ – und damit Relativierung – der Menschenrechte zeigt sich mit kaum zu überbietender Drastik auch an den „vergessenen“ Konflikten in aller Welt – u.a. in Angola, im Sudan, in Somalia, in Uganda und in Sierra Leone (vgl. *die tageszeitung* vom 6.4.-2.6.1999). Schließlich wird die Teilung der Menschenrechte gerade in diesen Tagen (Anfang Januar 2000) an dem Krieg, den Russland gegen die – wie es heißt – „abtrünnige“ Kaukasusrepublik Tschetschenien führt, überdeutlich. So schaut die Weltöffentlichkeit zum wiederholten Male innerhalb von fünf Jahren zu, wenn russische Truppen in Tschetschenien einmarschieren, Grosny bombardieren und einkesseln; Zivilisten getötet, vertrieben oder – als wäre noch eine Steigerung

an Leid und Gräueltaten möglich – an der Flucht gehindert werden. Dabei ist es noch nicht einmal ein halbes Jahr her, als Russland laut und massiv gegen die Luftangriffe der NATO protestierte und der Weltöffentlichkeit die Opfer unter der (vor allem: serbischen) Zivilbevölkerung vor Augen hielt. Doch nicht nur Russland ist zu kritisieren. Gerade auch die Seite, die vor kurzem noch Belgrad im Namen der Menschenrechte bombardierte, artikuliert, wenn überhaupt, vergleichsweise nur sehr zögerlich und nur sehr verhalten Widerspruch – von massivem Protest oder gar von konkreten politischen Maßnahmen gegen den russischen Vernichtungskrieg kann keine Rede sein. Aber auch die Politik der UN ist in diesem Falle (wie in vielen anderen Fällen) merkwürdig zurückhaltend bzw. konturlos. Die *regionale Relativierung* der Menschenrechte zeigt: Das Töten und das Flüchtlingselend bleibt, wie in vielen anderen Teilen der Welt, eine „innerstaatliche“ Angelegenheit – oder wird zu einer solchen gemacht. Doch darf eine Regierung vermeintliche innerstaatliche Probleme auf „ihre“ Weise regeln, wobei sie in der Wahl der Mittel so gut wie „frei“ ist? Wo findet die staatliche Souveränität ihre Grenze, sind „humanitäre“ Interventionen im Namen der Menschenrechte erlaubt? Wann und in welchen Fällen darf die vielbeschworene „internationale Völkergemeinschaft“ eingreifen, und welche Rolle kommt der UNO und einem Mandat des UNO-Sicherheitsrates zu? Wie steht es mit der von „westlichen“ Intellektuellen (im Falle des Kosovo-Krieges) propagierten „Nothilfe“? Dürfen Staaten oder Demokratien zu diesem Mittel greifen, sich selbst ein Mandat erteilen und die Souveränität anderer Staaten verletzen, wenn es gilt, Menschenrechte zu schützen (vgl. das Plädoyer von J. Habermas, in: *Die Zeit*, Nr. 18, 29.4.1999)?

4. Relativierung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte

Nicht minder kompliziert, spannungsgeladen oder gar widersprüchlich ist die Lage bei *wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen* Menschenrechten. Dieser Komplex betrifft das Recht auf Arbeit, auf gerechte Arbeitsbedingungen, auf soziale Sicherheit, auf Schutz der Familie, auf Gesundheit, auf einen ‚angemessenen‘ Lebensstandard, das Recht auf Bildung und schließlich das Recht auf Teilnahme am kulturellen Leben (vgl. Artikel 22-28 der UN-Charta [1948]). Wie wenig diese Menschenrechte weltweit akzeptiert oder gar durchgesetzt sind, bedarf wohl keiner weiteren Ausführungen. Selbst ein so fundamentales Menschenrecht wie das der *Meinungsfreiheit* ist nicht vor relativierenden Reflexionen gefeit. Im Vorfeld eines Staatsbesuches in der VR-China urteilte beispielsweise der ehemalige Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Roman Herzog: „Für hungrige Menschen hat ein Recht wie die Meinungsfreiheit zwangsläufig geringere Bedeutung als für satte. Für einen Afrikaner, der noch in seiner Stammestradition lebt, ist die Idee der *Individualrechte* zwangsläufig weniger interessant als für die Mitglieder der individualistischen westlichen Gesellschaften“ (*Die Zeit*, Nr. 37, 6.9.1996). Dieses Zitat macht unter anderem deutlich, dass die Versuche, Menschenrechte zu begründen und zu gewichten, vielfältigen politischen, philosophischen, kulturalistischen, pragmatischen, wirtschaftlichen und ideologischen Einwänden ausgesetzt ist – selbst

von den Befürwortern der Menschenrechte! Gerade heute wird immer wieder gefragt, *warum* es überhaupt Menschenrechte geben sollte, und *warum* sie für sich Universalität oder Allgemeingültigkeit beanspruchen sollten. Ebenso wird gefragt, was überhaupt als „Menschenrecht“ gelten kann. Schließlich wird oft eingewendet, die Vorstellung von Menschenrechten sei eine „westliche“ Erfindung. Im Vordergrund stünden „individualistische“ Rechte, weshalb sie für „kollektivistische“ Gesellschaften in asiatischen, lateinamerikanischen oder afrikanischen Ländern untauglich wären. Solche kulturalistischen Einwände kulminieren in der These, dass eine universalistische Idee, wie die der Menschenrechte, einem *Pluralismus* zuwider laufen würde, weil durch die Menschenrechte kulturelle Unterschiede gezeugt und letztlich nivelliert werden würden. Unter anderem diese Fragen und Probleme bilden den Ansatzpunkt für eine *interkulturelle Philosophie der Menschenrechte*.

5. Begründungsprobleme „universal“ gültiger Menschenrechte

Systematisch gesehen lassen sich im wesentlichen drei unterschiedliche Konzeptionen bzw. Begründungen von Menschenrechten unterscheiden: (1.) „Westlich“-liberalistische bzw. demokratische Auffassungen der Menschenrechte. Sie begreifen Menschenrechte als vorstaatliche unveräußerliche Rechte des Einzelnen, die in der menschlichen Würde, in der sittlichen Autonomie und/oder in einem allgemeinen anthropologischen Interesse des Menschen begründet werden bzw. begründet sein sollen. (2.) Kommunistisch-marxistische Interpretationen des Menschenrechtsgedankens, wonach Menschenrechte positiv-staatliche Setzungen sind, die *nicht* unabhängig von einem bestimmten Staat gelten bzw. geltend gemacht werden können. Dominiert bzw. überlagert wird die gegenwärtige Diskussion jedoch durch (3.) die Unterscheidung oder gar Entgegensetzung von – mehr oder minder – *universalistischen* Ansätzen und *relativistischen* Ansätzen. Gerade im aktuellen interkulturellen Diskurs wird immer wieder die (kultur)*relativistische* Ansicht vertreten, dass Kulturen durch unterschiedliche (wenn nicht gar unvereinbare) *Rechtsvorstellungen* und durch (womöglich inkommensurable) kulturimmanente Regeln menschlichen Zusammenlebens bestimmt seien. Aus diesem Grunde könnten, so wird daraus oft gefolgert, die internationalen Menschenrechtskonzeptionen *keine* transkulturelle oder universale Gültigkeit für sich beanspruchen. Die Vorstellung von Menschenrechten – so wie sie besonders in den UN-Deklarationen ihren Niederschlag findet – sei eine „westliche“ Entwicklung, die tief in der Tradition christlich-abendländischen Denkens verwurzelt ist. Infolgedessen müsste man die bisher konzeptualisierten Menschenrechtsvorstellungen (erheblich) modifizieren, wenn sie für kulturell unterschiedliche Lebensformen und Rechtstraditionen von Relevanz sein sollen.

6. Menschenrechtsphilosophische Traditionen in Europa und Asien

Für die Begründung *universaler* Menschenrechte ist ohne Zweifel der europäisch-aufklärerische philosophische Kontext schon aufgrund seiner Wirkungsgeschichte von besonderer Bedeutung. Denn nicht nur in die US-amerikanische Verfassung von Virginia (1776), die als erster moderner Menschenrechtskatalog gilt, und in die französische Formulierung der Rechte des Bürgers und des Menschen (1789/1791), sondern auch in die international besonders relevante Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen (1948) einschließlich der im Anschluss konzipierten Menschenrechtsdokumente (bes. 1966f.) ist – zum Teil wortwörtlich – aufklärerisches Gedankengut eingeflossen. Bei der Entwicklung der europäischen Menschenrechtsidee lassen sich, vereinfacht gesagt, zwei unterschiedliche Akzentsetzungen unterscheiden (vgl. Göller 1999, S. 135-149 u. S. 150-167): Eine menschenrechtliche Akzentuierung, die philosophiehistorisch vor allem durch Locke, Montesquieu und Kant repräsentiert wird, betont – bei allen Unterschieden im Detail – spezifische *vorstaatliche* Rechte, die ein Einzelner einem Staat gegenüber hat. Diese Rechte sind (besonders bei Kant) in den Vorstellungen einer unveräußerbaren *Würde des Menschen* und von einem *unbedingten Wert eines jeden Menschen* fundiert. Menschenrechte, die die Wahrung der Menschenwürde gewährleisten sollen, sind zum einen als Schutz- und Abwehrrechte gegen staatliche Willkür und gegen staatliche Übergriffe konzipiert. Zum anderen handelt es sich um Forderungen nach politischer Partizipation, also um staatsbürgerliche (Grund-)rechte, die aus den Menschenrechten abgeleitet werden. Unter Menschenrechten werden vor allem das Recht auf Freiheit (Kant), auf Leben, körperliche Unversehrtheit und Privateigentum (Locke) verstanden. Bei der anderen Akzentuierung, die philosophiehistorisch besonders mit den Positionen von Rousseau, Hegel und Marx verbunden wird, kann man nur in einem indirekten Sinne von „Menschenrechten“ sprechen. Ihnen ist – bei allen Unterschieden im einzelnen – gemeinsam, dass fundamentale Menschenrechte derart in die Konstitution eines Staates integriert sind, dass sie der Einzelne gegenüber einem Staat nicht mehr geltend machen kann. Genauer gesagt, er braucht sie auch nicht mehr geltend zu machen, da ein *legitimer* Staat als das (rechtliche) Regelsystem angesehen wird, welches eo ipso menschenrechtskonform ist.

Wirft man dagegen einen Blick auf die Entwicklung in einem ganz anderen, im *asiatischen* oder spezifischer, im „*konfuzianischen*“, d.h. *chinesischen* bzw. *sino-asiatischen* kulturellen Kontext, so lassen sich auch dort nicht nur unterschiedliche Vorstellungen der Funktionen und Aufgaben des Staates und des (einzelnen) Menschen bzw. Staatsbürgers, sondern auch Ansätze finden, die durchaus vereinbar mit europäischen-aufklärerischen („westlichen“) Konzeptionen sind. Besonders der so genannte „*Staatskonfuzianismus*“ sowie vor allem der *klassische Konfuzianismus* sind für Fragen der Ethik im Allgemeinen und für die Thematik der Menschenrechte im Besonderen von Belang (vgl. Paul 1998, S. 39-61; Paul 1997, S. 57-64). Auf den „*Staatskonfuzianismus*“ berufen sich im heutigen politischen Diskurs Vertreter Singapurs bzw. Indonesiens und der Volksrepublik China. Nach dieser Interpretation des Konfuzius wird die (unbedingte) Loyalität des Einzelnen und dessen Orien-

tierung am staatlichen Gemeinwohl verlangt, so wie es durch die Interessen der Regierenden bzw. der herrschenden Partei vorgegeben und definiert wird. Gegen eine solche legalistische Vorstellung wendet sich schon der klassische Konfuzianismus, der zwischen etwa 500 und 250 vor Christus entstanden ist. Was die *menschenrechtsrelevanten* staatstheoretischen Aspekte dieser Richtung des Konfuzianismus betrifft, so ist ihnen zufolge eine Regierung kein Selbstzweck, sondern für das Volk da und hat, in Konsequenz, dessen Interessen zu dienen. Das höchste Regierungsziel besteht in der Förderung der Menschlichkeit (*ren*). Eine Konzeption (das Buch *Xunzi*) geht dabei so weit, dass sie nicht nur den Tyrannenmord erlaubt, sondern sogar fordert, wenn ein Herrscher oder eine Regierung der Pflicht zur Menschlichkeit nicht nachkommt. Nicht Loyalität, Paternalismus oder opportunistische Erwägungen, sondern *Moralität* und *Menschlichkeit* sollen die wichtigsten Handlungskriterien sein, an denen sich uneingeschränkt jeder Mensch in seinem moralischen Urteilen und Handeln – gemäß einem universal-moralischen bzw. autonomen Gesetz – orientieren sollte. Ebenso wird (insbesondere im Buch *Menzius*) ein allgemeines Recht bzw. ein *Menschenrecht auf Leben* gefordert. Darüber hinaus wird eine Vorstellung von *unveräußerlicher menschlicher Würde* formuliert, derzufolge „jeder einzelne Mensch eine Würde in sich selbst“ besitzt und human (*ren*) handeln kann. Aus diesem Grunde darf niemand einem anderen Leid zufügen, keinen verhungern oder verdursten lassen; Gewalt soll so weit wie möglich nicht angewendet werden, es sollen keine Kriege geführt und niemand darf gefoltert werden.

7. Menschenrechte – ein kulturspezifisch „westliches“ Konzept?

Schon der knappe Überblick über philosophische Argumentationen in zwei unterschiedlichen kulturellen Kontexten zeigt, dass ethische bzw. menschenrechtliche Motive und menschenrechtsanaloge Formulierungen keineswegs auf eine Kultur und einen bestimmten, gar „westlich“ apostrophierten, Kulturkreis beschränkt sind. Das belegt von empirischer Seite die Tatsache, dass die Geltung eines Konzeptes oder Gedankens *unabhängig* von dessen kulturkontextimmanenter Entstehung ist bzw. sein kann. Schon allein diese Tatsache dürfte ausreichen, um das kulturessenzialistische Argument, Menschenrechtsvorstellungen könnten nur im „Westen“ entstanden sein und deshalb nur dort gelten, zu entkräften oder doch zumindest stark zu relativieren. Das gilt in einem noch höheren Maße, wenn man bedenkt, dass auch im westlich-europäischen Kulturkontext die Entwicklungs- und Etablierungsversuche des Menschenrechtsgedankens keineswegs so geradlinig und ungebrochen verlaufen sind, wie es oft und allzu gerne behauptet wird. Vielmehr sind auch in der so genannten „abendländischen Kultur“ Menschenrechtsvorstellungen keine Selbstverständlichkeit, die sich gleichsam kulturevolutionistisch und/oder kulturgenetisch aus dieser Kultur ableiten ließen. Im Gegenteil, sie stellen nicht nur, ideengeschichtlich gesehen, eine relativ späte Entwicklung dar, sondern die Vorstellung universaler Menschenrechte, die für *alle* Menschen gleichermaßen gelten sollen, musste *gegen die eigene Tradition* und gegen nicht unerheblichen Widerstand

durchgesetzt werden. Schließlich ist gegen den Einwand, bei menschenrechtlichen Konzeptionen würden „individualistische“ Rechte und Rechtsvorstellungen favorisiert, weshalb sie für „kollektivistische“ asiatische (afrikanische, lateinamerikanische usw.) Gesellschaften nicht anwendbar wären, in dieser pauschalen Form *nicht* haltbar. Schon die bloße Konstatierung von „kollektiven“ Werten und Interessen setzt notwendigerweise dasjenige Moment voraus, für das diese Werte gelten sollen: das Individuum, den einzelnen Menschen. Außerdem hat sich auch bei europäisch-aufklärerischen bzw. idealistischen Philosophien gezeigt, dass es auch „westliche“ staatsrechtliche Ansätze gibt, bei denen der Einzelne *keine* menschenrechtlichen Kompetenzen dem Staat gegenüber besitzt. Bezeichnenderweise wird zudem der Einwand von der Untauglichkeit „westlicher“ Menschenrechtsvorstellungen nicht selten von solchen politischen Repräsentanten geäußert, die im Übrigen keinerlei Schwierigkeiten haben, staatsrechtliche und staatsphilosophische Komponenten „westlicher“ philosophischer Kontexte – beispielsweise marxistischer Provenienz – zu adaptieren (so in der Volksrepublik China). Wenn sich diese Vertreter der These von „den westlichen“ Menschenrechten überdies auf „den“ Konfuzianismus berufen, so verengen sie ihn ausschließlich auf den „Staatskonfuzianismus“, also auf lediglich *eine* konfuzianistische Variante – freilich ohne die Einseitigkeit ihrer Argumentationsstrategie explizit zu machen. Schon allein deshalb lassen sich die auf diese Weise vertretenen Ansichten einer ausschließlich „westlichen“ Kulturspezifik „der“ Menschenrechte als bloß politisch-propagandistisch motivierte Immunisierungsstrategien zurückweisen: Sie dienen vor allem dazu, eigene (ideologische bzw. politische) Herrschafts- und Machtinteressen zu kaschieren. Schließlich wird bei solchen Strategien zumeist übersehen, dass auch bei denjenigen europäisch-aufklärerischen Ansätzen, die dem Einzelnen eine menschenrechtliche Kompetenz dem Staat gegenüber einräumen (z.B. bei Locke und Kant), Individuum und Kollektiv, Einzelner und Gesellschaft Korrelativbegriffe sind, die sich wechselseitig bedingen und deshalb nicht voneinander trennen lassen. Die individuelle „Selbstverwirklichung“ kann und darf also keineswegs radikal zum („egoistischen“) Selbstzweck gemacht werden, sondern muss durch eine menschenrechtliche Grundnorm, die von *allen* Staatsbürgern eingesehen und als solche akzeptiert werden kann, korrigiert und reguliert werden.

8. Aspekte interkultureller Menschenrechtsphilosophie

Ausgangspunkt einer interkulturellen Menschenrechtsphilosophie müsste ein Begriff *menschlicher Würde* sein, der so minimalistisch gefasst ist, dass er nicht auf irgendwelche speziellen Voraussetzungen – seien sie religiöser, sozialer oder kultureller Art – Bezug nimmt. Nur eine derart allgemeine Konzeption menschlicher Würde hätte gewisse Chancen, von unterschiedlichen Kulturen und Weltanschauungen akzeptiert zu werden. Konkret sind m.E. *sechs Punkte* zu unterscheiden, die allesamt für eine interkulturelle Philosophie der Menschenrechte heute bedeutsam sind:

1. Menschen *aller* Kulturen können sich prinzipiell an selbstgesetzten Zielen orientieren, sie reflektieren, d.h. in ihrer Gültigkeit thematisieren. Das gilt – wohl-

gemerkt – nur in prinzipieller Hinsicht. Faktisch dagegen sind der Verwirklichung solcher Ziele enge Grenzen gesetzt. Nichtsdestoweniger ist durch die Möglichkeit geltungsbezogener Selbstgestaltung die *Würde des Menschen* und seine Unantastbarkeit charakterisiert (vgl. Göller 2000). Das heißt, es ist uns (Menschen) möglich, uns durch *gedankliche* Entwürfe selbst zu gestalten – in theoretisch-wissenschaftlicher, praktisch-ethischer, in ästhetischer, wirtschaftlich-sozialer und in religiöser Hinsicht –, wie bescheiden und begrenzt im einzelnen auch die politischen und kulturellen Spielräume in der Realität sein mögen. Jedenfalls ist uns *keine* Kultur der Welt bekannt, in der Menschen solche (Selbst)entwürfe nicht hervorbringen und sich nicht an ihnen orientieren könnten. Ja, der Begriff der Kultur beinhaltet gerade diese Fähigkeiten zu individueller und kollektiver Selbstgestaltung. Pointiert formuliert: *Die Würde des Menschen äußert sich in allen kulturellen Leistungen, Artefakten und Produkten des Menschen; kulturelle Pluralität ist Ausdruck menschlicher Würde.* Dass es eine kulturelle Vielfalt gibt, gehört dieser These zufolge ganz entschieden mit zur Würde des Menschen. Es gilt, diese Pluralität in ihren vielfältigen Ausdrucksformen zu wahren und zu schützen; das müsste primäres Ziel allen menschlichen Zusammenlebens sein. Mit anderen Worten: Die Aufgabe aller rechtlicher Regelung und aller staatlicher Ordnung hätte in der Garantie individueller und kollektiver – und folglich auch – kultureller *Selbstgestaltungsmöglichkeiten* des und der Menschen zu bestehen. Soll es nicht zu unablässigen Interessenskonflikten, zu Chaos, zu Bürgerkrieg oder gar zu Weltbürgerkrieg kommen, so sind selbstverständlich normativ-rechtliche Regulative gefordert. Dazu gehören, allen voran, die *Menschenrechte*.

2. Die den Menschenrechten zu Grunde liegende Norm korreliert mit einer regulativen Idee; sie ist überpositiv – d.h. sie liegt, logisch gesehen, *vor* der Formulierung konkreter Rechte. Die grundlegende Menschenrechtsnorm beinhaltet die *wechselseitige Anerkennung* individueller und kollektiver Ansprüche auf Selbstgestaltung. Sie ist auf *Reziprozität* gegründet. Nach dieser Norm haben – oder hätten – sich alle positiven rechtlichen Setzungen zu richten.
3. Aus dieser überpositiven Norm können gewisse grundlegende und allgemeine Rechte abgeleitet werden; die einzelnen *Menschenrechte*. Sie lassen sich entsprechend menschlicher Selbstgestaltungsfelder ausdifferenzieren. Dazu gehört u.a. sicherlich das Recht auf *Leben* bzw. *Selbsterhaltung*; ohne dieses könnte es keine *Selbstgestaltung* geben. Zu nennen wären darüber hinaus das Recht auf Freiheit, auf körperliche Unversehrtheit, auf passive und aktive politische Mitwirkung, auf Entfaltung der Persönlichkeit usw. Welche Rechte im einzelnen als Menschenrechte zu bezeichnen sind, dafür bildet die grundlegende Norm den Maßstab.
4. Unter *Grundrechten* ist die Ausformulierung der Menschenrechte auf einzelstaatlicher Ebene zu verstehen. Die (staatsspezifischen) Grundrechte müssten – das liegt in der Konsequenz des bisher Angeführten – den Menschenrechten konform sein.
5. Die nächste Ebene betrifft das System der einzelstaatlichen *positiven* Rechte. Diese Rechte dürften weder den Grund- noch den Menschenrechten widersprechen; wie spezifisch und konkret sie im einzelnen auch sein mögen.
6. Schließlich sind die Rechte angesprochen, die die Verhältnisse zwischen souveränen Staaten regeln. In einer irreführenden Terminologie werden diese Rechts-

formen im Deutschen als „Völkerrecht“ bezeichnet, wobei besser von einem *Staatenrecht* zu sprechen wäre. Auch das Staatenrecht hätte der grundlegenden Menschenrechtsnorm konform zu sein.

9. Resümee und Konsequenzen

Fasst man die bisher entwickelten Hauptpunkte zusammen, so ergibt sich Folgendes: Der Menschenrechtsidee korreliert eine menschenrechtliche Grundnorm, die universal und überpositiv ist, und die die wechselseitige Anerkennung individueller und kollektiver Selbstgestaltungsansprüche beinhaltet. Diese Grundnorm findet ihre Ausgestaltung in den überpositiven Menschenrechten, die die Wahrung der *Menschenwürde* als Möglichkeit menschlicher Selbstgestaltung garantieren sollen. Die *Menschenrechte* sind demzufolge die Ermöglichungsbedingungen einer jeden *rechtsstaatlichen* Ordnung. Das gilt sowohl für einen Staat und dessen Rechtssystem wie auch für das Rechtsverhältnis der (einzelnen) Staaten zueinander. Damit sind Aspekte impliziert, deren Berücksichtigung in der gegenwärtigen *politischen* Situation von großer Bedeutung und Reichweite sind. Denn die gerade heute zunehmende Fusionierung der Kapital- und Finanzmärkte einerseits, die weltweit nahezu ungehindert fließende Kapitalströme freisetzt, sowie die (u.a. fundamentalistische) Überbetonung kultureller, religiöser und/oder lebensweltlicher Differenzen andererseits, birgt Risiken, die unabsehbar sind und unkalkulierbare Folgen für die Zukunft haben. Gerade die Menschenrechte bieten – so umstritten sie faktisch im Einzelnen sein mögen – nicht nur unverzichtbare Diskussionsansätze, sondern sie implizieren auch interkulturell relevante und zukunftsweisende Lösungsvorschläge. Auch wenn die *Instrumentalisierung der Menschenrechte* gegenwärtig weit verbreitet ist, die Menschenrechte tagtäglich faktisch verletzt werden und sowohl den international kodifizierten Menschenrechten als auch generell der Idee solcher Rechte eine Vielzahl politisch, ideologisch und/oder kulturalistisch motivierter Einwände entgegengebracht werden, existieren, was sicherlich ein wichtiges ideengeschichtliches Novum ist, *erstmalig* in der Geschichte der Menschheit *weltweit* kodifizierte Menschenrechte.

Aus den interkulturell-philosophischen Aspekten der Menschenrechtsbegründung lassen sich folgende wichtige und aktuelle *Konsequenzen* ableiten, denen die internationale Politik Rechnung zu tragen hätte: Wenn die Menschenrechtsidee die fundamentale Ebene bildet, dann dürften ihr alle anderen Rechtsebenen *nicht* widersprechen. An den Menschenrechten muss demzufolge jede Souveränität der Einzelstaaten ihre Grenzen finden; die Menschenrechte sind das Primäre, die Staatenrechte das Sekundäre. Aus diesem Grunde hätte das Staaten- oder Völkerrecht das Menschenrecht unbedingt zu respektieren. Das hätte zum einen weit gehende Folgen für die so genannte Realpolitik der einzelnen Staaten. Zum anderen würde es bedeuten, dass die gegenwärtige Auffassung der UNO, die nicht immer zweifelsfrei das Primat der Menschenrechte vor der einzelstaatlichen Souveränität betont, dringend der Korrektur bedarf. Die Menschenrechtspolitik der Gegenwart wie auch der Zukunft müsste – da vergleichbare staatenübergreifende Organisationen zur Zeit nicht in Sicht sind – auch eine Reform der UNO beinhalten. Sie beträfe vor al-

lem den Sicherheitsrat der UNO, die Erweiterung der ständigen Mitgliedschaft bzw. eine Änderung des bisherigen Veto-Rechtes. Dadurch ließe sich möglicherweise ein effektiverer rechtlicher Rahmen schaffen, um Menschenrechtsverletzungen zu sanktionieren und um einer – wie auch immer begründeten – „Selbstmandatierung“ einzelner Staaten vorzubeugen. Abgesehen davon müsste die Konflikt- und Krisenprävention theoretisch forciert und es müssten Organe geschaffen werden, damit die entsprechenden Ergebnisse politisch durchgesetzt werden können. Dass zu den dringend anstehenden Reformen der UNO nicht nur guter Wille, sondern auch finanzielle Mittel nötig sind, liegt auf der Hand. Völlig unverständlich ist deshalb, warum die einzige noch verbliebene Supermacht der Erde *einerseits* bereit ist, schätzungsweise fast eine Milliarde DM *pro Woche* (sic!, vgl. *Die Zeit*, Nr. 17, 22.4.1999) allein in den über achtwöchigen Kosovo-Krieg zu investieren, *andererseits* aber nicht gewillt ist, ihre demgegenüber vergleichsweise geringe Schuldenlast bei der UNO von insgesamt 2,3 Milliarden DM zu begleichen.

Soll garantiert werden, dass die Menschenrechte eingehalten werden, so muss es *überstaatliche* Möglichkeiten der Kontrolle sowie auch der *Sanktion* geben. Das heißt, das *Gewaltmonopol* ist nicht nur von Individuen auf die Einzelstaaten, sondern in letzter Konsequenz von den Einzelstaaten auf eine *supranationale* Instanz zu übertragen. An dieser Forderung ist festzuhalten, selbst wenn sie in der heutigen politischen Lage und bei der gegenwärtigen Verfassung der UNO wirklichkeitsfern bzw. utopisch klingen mag. Darüber hinaus halte ich es für sinnvoll, ein interkulturell gültiges *Strafrecht* zu schaffen (vgl. Höffe 1996; 1999), das all jene Delikte betrafte, deren Verfolgung sich mit menschenrechtlichen Argumenten begründen lässt. Dass wir heute von einem solchen Strafrecht – trotz europäischem Gerichtshof in Straßburg und UN-Tribunal in Den Haag – noch weit entfernt sind, bedarf wohl kaum weiterer Erläuterungen.

Die *Menschenrechte* jedenfalls bilden für all diese Problemkomplexe den zentralen Bezugspunkt, da ihre Idee die *wechselseitige* Anerkennung und Respektierung individueller, sozialer und kultureller Unterschiede impliziert, insofern sie mit den Selbstgestaltungsmöglichkeiten *aller* Menschen in Gegenwart *und* Zukunft vereinbar sind. Die Menschenrechtsidee ermöglicht nicht nur *kulturelle Pluralität*, sondern sie erlaubt darüber hinaus ihre *Bewahrung* und *Bewältigung* in einer und für eine interkulturelle Weltgesellschaft. Zu ihr gibt es keine diskutabile Alternative. Die Menschenrechtsidee und ihre positive Ausformulierung – so wie sie die internationalen Menschenrechtsdeklarationen aller Einwände zum Trotz schon in einem weit fortgeschrittenen und elaborierten Maße repräsentieren – steht für ein Minimum an Bedingungen, die für ein menschenwürdiges Leben und friedliches Zusammenleben auf der Basis kultureller Koexistenz notwendig sind.

Literatur

- Amnesty international 1999: *Jahresbericht 1999*. Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch Verlag
 Arnim, von G./V. Deile u.a. (Hg.) 1999: *Jahrbuch Menschenrechte 2000*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Taschenbuch
 Bielefeldt, H. 1998: *Philosophie der Menschenrechte. Grundlagen eines weltweiten Freiheitsethos*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft

- Brieskorn, N. 1997: *Menschenrechte. Eine historisch-philosophische Grundlegung.* (= Kontexte; 3) Stuttgart: Kohlhammer
- Göller, Th. (Hg.) 1999: *Philosophie der Menschenrechte. Methodologie, Geschichte, Kultureller Kontext.* Göttingen: Cuvillier Verlag
- Ders. 2000: *Kulturelle Pluralität und menschliche Würde.* In: Paul, G./Th. Göller/H. Lenk/G. Rappe (Hg.): *Humanität, Interkulturalität und Menschenrecht.* Frankfurt a.M./Bern/New York/Paris: Peter Lang Verlag
- Gosepath, St./G. Lohmann (Hg.) 1998: *Philosophie der Menschenrechte.* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Habermas, J. 1998: *Die postnationale Konstellation. Politische Essays.* Frankfurt a.M.: edition suhrkamp
- Hinkmann, J. 1996: *Philosophische Argumente für und wider die Universalität der Menschenrechte.* Marburg: Tectum Verlag
- Heidelmeyer, W. (Hg.) 1997: *Die Menschenrechte. Erklärungen, Verfassungsartikel, Internationale Abkommen.* Paderborn/München/Wien/Zürich: UTB (F. Schöningh Verlag)
- Höffe, Otfried 1996: *Vernunft und Recht. Bausteine zu einem interkulturellen Rechtsdiskurs.* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Ders. 1999: *Gibt es ein interkulturelles Strafrecht? Ein philosophischer Versuch.* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Kühnhardt, L. 1991: *Die Universalität der Menschenrechte.* Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe: Studien zur Geschichte und Politik. Bd. 256
- Paul, G. (Hg.) 1998: *Die Menschenrechtsfrage. Diskussion über China – Dialog mit China.* (= Nr. 6 der Schriften der Deutschen China-Gesellschaft). Göttingen: Cuvillier Verlag
- Ders./C. Robertson-Wensauer (Hg.) 1997: *Traditionelle chinesische Kultur und Menschenrechtsfrage.* (= Schriften des Instituts für Angewandte Kulturwissenschaft der Univ. Karlsruhe (TH); Bd. 3). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft
- Roetz, H. 1992: *Die chinesische Ethik der Achsenzeit. Eine Rekonstruktion unter dem Aspekt des Durchbruchs zu postkonventionellem Denken.* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Schmale, W. (Hg.) 1993: *Human rights and cultural diversity: Europe, Arabic-Islamic world, Africa, China.* Goldbach: Keip
- Shute, St./S. Hurley 1996: *Die Idee der Menschenrechte.* Frankfurt a.M.: Fischer
- Wagner, H. 1992: *Die Würde des Menschen. Wesen und Normfunktion.* Würzburg: Königshausen und Neumann